



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Französisches. Von unsrer Prophezeiung in Heft 16 ist die erste Hälfte mehr als erfüllt: Bourgeois hat sich nicht allein mit dem Senat vertragen, sondern vor ihm kapitulirt; die Erfüllung der zweiten aber, daß der Niegel, den die vorübergehende Herrschaft der Linken panamifischen Gelüsten vorgeschoben hat, eine Zeit lang halten werde, wird nicht ausbleiben; die Erklärung Malines zeigt deutlich, daß die starke demokratische Strömung der letzten Monate den leitenden Herren einen heilsamen Schrecken eingejagt hat, und daß sie beflissen sind, jedem Verdacht plutokratischer Absichten vorzubeugen. An eine blutige Umwälzung ist weniger als je zu denken. Auf dem Haupte des sanftmütigen Philisters, dessen Händen die Zügel der Regierung jetzt anvertraut worden sind, eines Mannes, der mitten im tollen Paris der Gewohnheit treu geblieben ist, um neun Uhr zu Bett zu gehen, verliert die Jakobinermütze alle ihre Schrecken. Es ist wahr, die Sozialisten und die Radikalen wüten, aber doch nur in Worten, und eben die unbeschränkte Rede- und Preßfreiheit Frankreichs, deren Ausartung in Frechheit von den Anstandsdamen der Republik, wie dem Journal des Débats, so bitter beklagt wird, bildet die beste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung der Ordnung, denn das Gift, das in Worten herausfahren kann, braucht keine Verförperung in Dynamitbomben zu suchen. Starke Worte sind nach dem Sprichwort, *chion qui aboie, ne mord pas*, gewöhnlich ein Beweis dafür, daß der Schimpfende zu feig oder zu gutmütig oder zu ohnmächtig ist, seine Leidenschaften in Thaten umzusetzen. Daher pflegt die Stärke der Worte im umgekehrten Verhältnis zur Thatbereitschaft zu stehen. Wenn Benvenuto Cellini einem seiner Gefellen sagte, daß er ihm etwas unangenehmes zufügen wolle, so wußte der Mann, daß ihn der Meister totzuschlagen beabsichtige; wenn dagegen einer unsrer Vierphilister sagt: ich schlage den Kerl tot, so bedeutet das nur, daß er ihn bei der nächsten Begegnung mit einem noch etwas tiefern Katzenbuckel als gewöhnlich grüßen werde. Und gar die Franzosen! *La nation française*, pflegte der Kardinal Mazarin zu sagen, *est la plus jolie du monde; ils crient et chantent*) contre moi et me laissent faire; et moi, je les laisse crier et chanter et fais ce que je veux*. Man wird vielleicht einwenden, daß eben heute kein Mann an der Spitze stehe, der den Mut habe, unbekümmert um das Geschrei der Menge, zu thun, was er will. Nun, daß die heutigen Machthaber hübsch vorsichtig jeden Schritt dreimal überlegen, ehe sie ihn thun, anstatt gleich den Staatsmännern des ancien régime mit der Unbesorgtheit des Kindes lustig dem Abgrund zuzurennen, darin liegt nichts weniger als eine Bedrohung der Ruhe Europas.

Einige Pariser Korrespondenten reichsdeutscher Blätter haben auch diesmal der Versuchung nicht widerstehen können, die Krisis zu einer Stärkung unsrer monarchischen Gesinnung zu verwerthen; sie pflegen bei solchen Gelegenheiten zu schildern, wie unglücklich doch die Franzosen durch den Verlust der Monarchie geworden seien. Es ist merkwürdig, wie man so ungeschickt sein kann, bei einem Volke von der Bildung des deutschen ein so ungeeignetes Mittel anzuwenden. Wenn man einen Menschen, der von der französischen Geschichte auch nur das Hauptfächlichste kennt, einladet, den Wert der verschiedenen Regierungsformen an den Schicksalen Frankreichs zu prüfen, so kommt der natürlich zu dem Ergebnis, daß die Republik der

*) Schon damals wurde jede politische Person und jedes politische Ereignis von den Franzosen in zahllosen Spottversen kritisiert.

Monarchie bei weitem vorzuziehen sei. Frankreich hat als Republik fünfundsanzig Jahre des ungestörten äußern und innern Friedens genossen. Findet sich denn in der französischen Geschichte von Franz I. bis Ludwig XVI. ein fünfundsanzigjähriger Zeitraum, wo nicht in innern oder äußern Kriegen Bürgerblut geflossen wäre? Wie sieht denn das Glück aus, das die Franzosen unter der Monarchie genossen haben? Was sind denn harmlose Straßenaufläufe und Arbeiterstreiks mit einigen blutigen Köpfen gegen die furchtbaren Religionskriege und Schlächtereien des sechzehnten und die Fronde des siebzehnten Jahrhunderts? Was wollen unblutige Ministerstürze bedeuten gegen die offenen Empörungen des Adels, bei denen bald Prinzen von Geblüt, bald Herzöge, die sich den Bourbonen ebenbürtig dünkten, bald im Bunde mit Spanien, bald im Bunde mit Holland und England gegen ihren König und ihr Vaterland Krieg führten? Fallen nicht in die Zeit des höchsten Glanzes der Monarchie die Dragonaden und der Kamisardenaufstand? Und waren etwa die unaufhörlichen Ränke am Hofe moralisch schöner als das heutige Geschimpfe der Parteien auf einander? Oder hat sich das französische Volk seiner Präsidenten, die bis jetzt ohne Ausnahme ein bürgerlich ehrbares Familienleben geführt haben, zu schämen bei einem Vergleich mit der Mätressenwirtschaft am Hofe der Valois und der Bourbonen? Die Finanzen, es ist wahr, lassen in Frankreich zu wünschen übrig, aber wie stand es denn damit unter den Königen? Niederlagen wurden unter Ludwig XIV. vom Volke mit Freuden begrüßt, weil sie das Ende ausfallender Kriege verkündigten; was kann uns retten, schrieb Fénelon einmal, wenn wir aus diesem Kriege ohne eine gänzliche Demütigung hervorgehen? War nicht das französische Landvolk wegen seines grenzenlosen Glends revolutionär gesinnt, während es heute als unerschütterliches Bollwerk dasteht gegen einen etwaigen Versuch einer Proletarierrevolution? Hat sich nicht die absolute Monarchie durch die Berufung der Notabelversammlung von 1787 und der Reichsstände 1789 feierlich für bankrott erklärt, nachdem sie durch bürokratische Zentralisation die Grundlagen der ständischen Monarchie zerstört und so die Revolution unvermeidlich gemacht hatte? Und sind nicht die gloire, das Eroberungsgelüst und die Kriegsschulden, an denen Frankreich jetzt noch leidet, die Hinterlassenschaft der Monarchie?

Nichts kann thörichter sein, als in dem heute allgemein verbreiteten hellen Lichte der historischen Einsicht die monarchische Gesinnung dadurch fördern wollen, daß man die Monarchie als die an sich beste Regierungsform empfiehlt oder sie gar mit einer mystischen Glorie umgiebt und auf Gottes Wort gründet, da doch Samuel im Auftrage Gottes vor der Einsetzung des Königtums gewarnt und Christus sehr despektirlich von Herodes gesprochen hat. Die Monarchie hat wie jede andre Regierungsform und wie alle Dirge in der Welt ihre zwei Seiten, und ob die gute oder die schlechte überwiegt, das hängt von ihren Trägern und von den Umständen ab. Preußen ist eine Schöpfung seiner Könige, die Hohenzollerndynastie hat fünf Jahrhunderte hindurch einen außerordentlichen Grad von Tüchtigkeit bewährt, einige Sprossen dieses kerngefunden und dauerhaften Stammes sind Lieblinge des Volkes geworden, in zwei glorreichen Kriegen, 1813 bis 1815 und 1870, hat ein gemeinsames Geschick die Interessen und die Herzen aller Deutschen mit denen der preußischen Könige zusammengeschmiedet, und das preußische Königtum ist so zum Rückgrat des neuen Reiches geworden. Aus diesen ganz realistischen Gründen, und nicht aus irgend einem abstrakten Grunde oder aus mystischem Aberglauben, ist die große Mehrzahl der Deutschen so monarchisch gesinnt, daß ein Mensch, der in Deutschland die Republik ausrufen wollte, allgemein für einen Narren gehalten würde. Also nicht weil die Monarchie an sich das bessere oder monarchische Gesinnung eine religiöse Pflicht wäre, sind wir Deutschen monarchisch gesinnt, sondern

weil uns die Monarchie paßt, die wir haben. Den Franzosen würde die Wiedereinführung der Monarchie so wenig nützen, wie ihnen die Monarchien genützt haben, die sie früher hatten. Würden sie von Hohenzollern regiert, so würden die wohl den Panamaschwindel verhüten und den wahnsinnigen Krieg von 1870 entweder gar nicht oder anders geführt haben; aber was sollten ihnen Bourbonen, Orleans oder Bonapartes nützen, die alle, samt ihrem Hofgezücht, in wahnsinnigen Kriegen, in Finanzschwindel und Volksausbeutung das höchste geleistet haben? Und hat man eine Bürgerschaft dafür, daß die Cavaignacs oder irgend eine andre neue Familie Hohenzollern sein würden?

Konservative Politiker in Frankreich beklagen die Gleichgiltigkeit der französischen Bürger gegen die Politik, den Widerwillen und Ekel, der alle erfaßt und sie so entnervt habe, daß sie es sich ruhig gefallen lassen würden, wenn eines Tages ein Diktator oder eine gewalthätige Partei die Gewalt an sich risse. Diese Gleichgiltigkeit ist doch sehr zu entschuldigen, denn sie entspringt aus der Erfahrung, daß Änderungen der Staatsform nicht viel für das Volkswohl zu bedeuten haben. Der Staat wird vorzugsweise als eine Last, als ein notwendiges Übel empfunden, und der Bürger, der Bauer, der Geschäftsmann ist froh, wenn er nichts mit ihm zu schaffen hat. Das arbeitende Frankreich, sagt Méline, ist der Agitation müde. Die Leute wollen nicht durch Staatsumwälzungen und durch Sorgen für den Staat in der Arbeit und im Genuß gestört werden, und darin liegt am Ende eine stärkere Bürgerschaft des Friedens und der Ordnung, als wenn sich alle diese friedlichen Spießbürger plötzlich in übereifrige Staatsretter verwandelten. Und zudem: wie sollten sie denn anfangen, den vermeintlich bedrohten Staat zu retten? Wird das Vaterland von außen bedroht, oder soll es durch Eroberung vergrößert werden, dann weiß der Patriot ja ungefähr, was er zu thun hat. Aber die dreihundertjährige Periode der französischen Eroberungskriege und der daraus entspringenden Gefahren fürs französische Vaterland ist durch 1870 abgeschlossen worden, und nur innere Fragen sind es, mit denen sich die französische Politik zu befassen hat. Es sind der Hauptsache nach dieselben wie überall und wie auch bei uns; kommt doch auch bei uns die Frage nach dem richtigen Verhältnis der gesetzgebenden Gewalten zu einander und nach dem besten Wahlrecht nicht zur Ruhe. Diese Fragen sind nun deswegen höchst unerfreulich, weil sie nicht von staatsmännischer Weisheit, sondern nur von den zukünftigen Ereignissen gelöst werden können; die Schwierigkeiten, die sich aus ihrer vorläufigen Unlösbarkeit ergeben, sind also weder etwas spezifisch französisches noch etwas spezifisch republikanisches. Wie der notleidenden Landwirtschaft und dem Handwerk zu helfen, wie die Gerechtigkeit im Steuerwesen herzustellen, wie das Interesse der Produzenten mit dem der Konsumenten in Einklang zu bringen sei, wie der Handel am besten organisiert und wie das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern am besten geordnet werden könne, mit alle dem wissen sich unsre monarchischen Regierungen gerade so wenig Rat, wie die einander ablösenden republikanischen in Frankreich. Und die zuletzt erwähnte, die gewöhnlich für die gefährlichste gehalten wird, dürfte gerade in Frankreich weniger gefährlich sein als anderswo, da dort, wie es scheint, die Zahl der kleinen Besitzer verhältnismäßig größer und die Zahl der bezahlten Lohnarbeiter kleiner ist als in jedem andern der europäischen Großstaaten.

Spielhölle oder Börse? Frauen müssen nicht nur tugendhaft sein, sondern auch scheinen. In diesem abgedroschnen Grundsatz liegt eine Wahrheit, die niemand ungestraft außer Acht lassen darf. Die Börse hat in einem Hochmut, der sich wohl nur aus ihrer vermeintlichen Unentbehrlichkeit erklären läßt, viel zu lange

gesäumt, sich vor den Augen der Welt als eine achtbare und nützliche Einrichtung zu zeigen. Sie hat es sich und ihrem Gebahren selbst zuzuschreiben, wenn alle gegen sie ergriffenen Maßregeln in den weitesten Kreisen vollständig sind, wenn man in ihr nichts andres als eine Spielhölle im großen Stile sieht, in der mühelos und ohne produktive Arbeit auf Kosten der arbeitsamen Mitbürger die größten Reichtümer gewonnen werden. Es liegt in der Art des Menschen, jedem Berufsstande etwas anzuhängen, dem gelehrten wie dem ungelehrten. Bald sind die Mediziner als Pflasterkasten, die Juristen als Perücken mit Advokatenkniffen, bald die Schuster und Schneider, bald irgend ein andrer Stand das Ziel seines Spottes, und selbst der jetzt von allen Seiten so viel umworbene und verhätschelte Bauer entgeht nicht dem Schicksal, daß man auch gelegentlich mit seinem ehrsamem Namen einen verächtlichen und beschimpfenden Sinn verbindet. Die Börse mag es für nichts schlimmeres gehalten haben, wenn sie sogar von ministerieller Seite als Giftbaum bezeichnet wurde. Sie hat sich aber über den Ernst des gegen sie herrschenden Unwillens bitter getäuscht. In der augenblicklichen Notlage wird das veräumte so viel wie möglich nachgeholt. Die börsenfreundlichen Blätter suchen unermüßlich in allen Tonarten immer von neuem darzuthun, daß die Börsenspekulationen wenigstens in gewissen Grenzen nützlich und unentbehrlich seien. Man ist klug genug, Mißstände einzuräumen, aber kaum anders als von dem Gedanken aus: was nicht mißbraucht werden kann, taugt nichts. In diesen Kunstreden wird von der Börse als dem Herzen wirtschaftlicher und finanzieller Thätigkeit gesprochen und mit den Ketten gerasselt, in die der deutsche Handel und Verkehr geschlagen werden soll. Wie so häufig bei volkswirtschaftlichen Fragen drängt sich auch hier dem Unbeteiligten der Eindruck auf, als ob nur die Wahl bliebe zwischen einer Bevormundung, die nicht weise ist, und dem freien Spiel der Kräfte, durch das dem gegeben wird, der da hat, und dem genommen wird, der nichts verlieren kann, ohne dem Elend preisgegeben zu werden. Von der andern Seite werden aber die Geschäfte der Börse nach wie vor als Übel betrachtet, das man bedauerlicherweise nicht ganz ausrotten könne, aber zum Heil der Gesamtheit möglichst eindämmen müsse. So hat sich denn der Streit, von dessen Ausgang die Gestaltung der Börsenreformgesetze abzuhängen scheint, zu einer rein akademischen Frage zugespitzt, und es fehlt bisher die Betrachtung, ob sich denn die Gesetze, selbst wenn man die Gefährlichkeit der Börse der einer Spielhölle gleichstellen will, volkswirtschaftlich rechtfertigen lassen, ob sie nicht vielmehr volkswirtschaftliche Nachteile mit sich bringen, und uns unsre außerordentlich schöne Schwärmerie Millionen unsers saurer erworbenen Geldes kosten wird. Mit dem Spielteufel ist es eine eigne Sache, wir haben Prozesse erlebt, die zeigen, daß wir ihn nicht auszutreiben vermögen, wir haben es aber durch unsre dem Idealen zustrebende Gesetzgebung dahin gebracht, daß wir uns nur gegenseitig ausbeuten oder unser Geld in fremde Länder tragen. Die Statistik kann nachweisen, wieviel Millionen Monte Carlo alljährlich verschlingt, aber sie weist nicht nach, wieviel deutsches Kapital dort geopfert wird. Wer nur ein wenig ins Ausland geblickt hat, weiß sehr wohl, daß die Leute dort, selbst wenn sie die öffentlichen Spielhöllen abgeschafft haben, es nicht so pedantisch genau wie die Deutschen nehmen. Wie wird der Ausländer in Montreux und Interlaken durch das harmlos scheinende Pferdchenspiel und durch die weniger harmlosen Hazardspiele, die nur offiziös, nicht offiziell betrieben werden, gerupft! Was haben wir von jenen heimlichen und nicht minder gefährlichen Höllen in Ostende und Spaa lesen müssen, in denen auch hauptsächlich die Ausländer und nicht zum wenigsten die Deutschen geblutet haben! Spielhöllenkongressionen sind so edel wie Kongressionen über den Achtstundentagsarbeitstag und die Genfer Konvention; Spielverbote einseitig aufrecht

erhalten zu wollen ist aber ein kostspieliger Idealismus, der nichts anderes bedeutet, als die materielle Schädigung des Vaterlandes zu Gunsten fremder Staaten. Gesezt, die Börse wäre in der That nur eine Spielhölle, was würde denn nun das glänzende Ergebnis aller gegen sie ergriffnen Maßregeln sein? Die unausrottbare Spielsucht der Deutschen, die schon zu Tacitus Zeiten eine so verhängnisvolle Rolle spielte, würde ins Ausland gedrängt werden, und während bei uns jetzt die Spekulation nur einen Wechsel der Glücksgüter unter den Inländern bedeutet, würde sie nachher ein Opfer vor dem goldnen Kalb auf fremden Altären sein. Unfre Nachbarstaaten können sich einmal wieder ins Häufchen über den idealen deutschen Michel lachen, den fürsorgliche Geseze zwingen, wenn er verschwinden will, es nicht zu Hause, sondern im Auslande zu thun. Diese Verbannung der Spekulation ins Ausland wird weit schwerere Folgen haben als die Schließung aller Spielhöllen; mögen wir nicht zu spät bereuen, von der goldnen Internationale gerade den Teil, der das Geld hat, die Bankwelt, die die Kroupiers an den Spieltisch der Börse stellt, mit ihren Milliarden ins Ausland gedrängt und damit die Auspauverung (ein Bismarcksches Wort) des eignen Landes herbeigeführt zu haben.

Es ist richtig, daß der Terminhandel oft auch nicht mittelbar Bedürfnisse zu befriedigen bestimmt ist. Oft genug wird er nur die Ausnuzung von Preisschwankungen bezwecken, sodas nicht nur verkauft wird, was der Verkäufer nicht hat, sondern auch gekauft wird, was der Verkäufer nicht haben will. Dennoch ist auch der Terminhandel keine bloß willkürliche Erscheinung des hochentwickelten Wirtschaftslebens; es erscheint vielmehr willkürlich und gewagt, ihn unterdrücken zu wollen. Die Agrarier verlangen aber stürmisch ihr Opfer, und doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie, wenn man ihnen in diesem Falle zu Willen wäre, sehr bald enttäuscht sein und nur noch stürmischer für ihre andern Forderungen auftreten würden. Bei jedem Terminhandel stehen sich immer zwei Parteien gegenüber, von denen die eine für die Preishaltung zu kämpfen interessirt ist. Vorübergehend und im einzelnen können Blankoverkäufe Preisstürze herbeiführen, immer aber bleibt die Verkäuflichkeit der Ware durch den Terminhandel jederzeit gesichert, und es wird durch den lebhaften Umsatz die Nachfrage gesteigert, denn auch jeder Blankoverkäufer ist doch zu einem Deckungskauf genötigt, und die Steigerung der Nachfrage muß notwendig, obwohl dies den Wünschen und Bemühungen der Blankoverkäufer widerspricht, eben durch die Nachfrage einen auf die Preisentwicklung günstigen Einfluß üben. Dies ist die theoretische Betrachtung, von deren praktischer Richtigkeit sich jeder überzeugt hat, der etwas anderes als dem Terminhandel unterworfenen zu ungünstiger Zeit zu verkaufen genötigt war. Grundstücke und Kostbarkeiten, die man verkaufen muß, werden oft zu einem Spottpreise zugeschlagen, und im Vergleich zu solchen Preisstürzen, die mitunter an Unverkäuflichkeit grenzen, erscheinen die Preisschwankungen des Getreides geradezu unbedeutend. Auch der Eifer gegen den Terminhandel beruht auf einem agrarischen Rechenfehler.

Goldwährung und Warenpreise. Zu der schwierigen und trotz aller litterarischen und parlamentarischen Kämpfe der jüngsten Vergangenheit nicht um einen Schritt näher zur Lösung gediehenen Währungsfrage hat neuerdings Professor Conrad in Halle in den von ihm herausgegebenen Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik das Wort genommen in einem Beitrage: „Die Preisentwicklung im Jahre 1895 und den Vorjahren.“ Ob Goldwährung, Doppelwährung oder Silberwährung schlechthin den Vorzug verdiene, darüber will Conrad als wissenschaftlich gewissenhafter Forscher kein abschließendes Urteil fällen, aber für die Beurteilung

der Währungsfrage für jetzt und für das deutsche Reich sind seine schlichten, dem gesunden Menschenverstande verständlichen Ausführungen von um so höherm Wert, als das sogenannte gebildete Publikum sich zwar immer allgemeiner für die Frage interessiert und zu ihr Stellung nimmt, aber sich doch fast ausschließlich von vorgefaßten Meinungen und unverständnen, aber gläubig angenommenen Parteiphrasen aus sein Urteil oder vielmehr sein Vorurteil bildet. Es ist deshalb wohl am Platze, auch hier die Schlußfolgerungen, zu denen Conrad auf Grund unantastbarer statistischer Thatsachen kommt, einem weitem Leserkreise etwas näher zu bringen.

Conrad wird zu seinem Urteil in der Währungsfrage veranlaßt einerseits durch die Thatsache, daß die Goldgewinnung in den letzten Jahren gewaltig zugenommen hat, und eine bisher unerhörte Anhäufung von Goldvorräten vorhanden ist, andererseits durch die ebenso unzweifelhaft erwiesene Erscheinung, daß trotzdem die Warenpreise nicht nur keine Steigerung erlitten haben, sondern bis in die neueste Zeit herein zurückgegangen sind. Die Freunde des Bimetallismus und auch Conrad selbst haben das Sinken der Preise früher auf die Verteuerung des Goldes zurückgeführt. Die Goldverteuerung aber wurde aus der Abnahme der Goldgewinnung bei Erweiterung der Nachfrage nach Gold und der daraus hervorgegangnen „Goldknappheit“ erklärt. Nach den soeben erwähnten Erscheinungen auf dem Gebiete der Goldgewinnung und der Warenpreisentwicklung kann sich nun auch Conrad der Schlußfolgerung nicht entziehen, „daß, wenn diese Umgestaltung in der Goldproduktion und der thatsächlich reiche Vorrat an Gold gar keinen ersichtlichen Einfluß auf die Preise auszuüben vermocht hat, auch nicht die früher unbedeutende Abnahme in der Goldgewinnung die Ursache der Preissenkung gewesen sein kann.“ Ferner sei klar, daß die Entwertung des Silbers nicht eine Folge der Goldknappheit sei, sondern der übermäßigen Silberproduktion. „Alle die Aufstellungen der extremen Bimetallisten fallen damit in sich zusammen. Da ferner die verminderte Zufuhr an Weizen aus Indien ergeben hat, daß Indien trotz des niedrigen Silberstandes eine erhebliche Bedeutung auf dem europäischen Getreidemarkt nicht mehr bei den jetzigen niedrigen Preisen zu bewahren vermochte, so liegt für Deutschland jetzt absolut kein Grund vor, durch irgend ein Opfer den Übergang zum Bimetallismus zu erstreben. Deutschland hat durch die Aufgabe [das Aufgeben!] der Goldwährung jetzt nichts zu gewinnen, wohl aber sehr viel zu verlieren.“ Wenn die Parteiführer trotz der gänzlich veränderten Lage keine Änderung in ihrer Haltung haben eintreten lassen, so sei klar, daß die Währungsfrage für sie nur Mittel zum Zweck, folglich Agitationsmittel sei, weiter nichts.

Es ist erfreulich, daß die verbündeten Regierungen für ihre wenigstens in der Währungsfrage eingenommene feste Haltung diese Anerkennung von berufener, unparteiischer Stelle finden. Ob Conrads Stimme in den im Banne der agrarischen Parteiagitacion befangnen Kreisen Gehör finden wird, müssen wir abwarten. Gerade Conrad, der mit den Leiden der ostdeutschen Landwirtschaft besonders vertraut ist und die Interessen des ostelbischen Großgrundbesitzes seit langem warm vertritt, verdiente das entschieden. Wenn einer der Paten des preußischen Agrariertums, Herr von Bülow auf Cummerow, im Jahre 1814 davor warnte, in Zeiten der Not leeres Stroh zu dreschen, so mag sich das die deutsche Landwirtschaft auch heute mit Rücksicht auf die Währungsfrage gesagt sein lassen.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig